

Protokoll:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 16.04.2018 einstimmig für die Variante 1 der Beschlussvorlage ausgesprochen habe.

Die CDU-Fraktion erklärt, sie habe sich aufgrund der mehrheitlich positiven Reaktion der Bevölkerung bei einer durch die Statistikstelle durchgeführten Bürgerumfrage zu diesem Thema für die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten eingesetzt. Der Stadtrat habe mehrheitlich beschlossen, die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten umzusetzen. Durch die Medien habe eine einseitige Berichterstattung stattgefunden. Die CDU-Fraktion werde sich dem Ergebnis des Bürgerentscheids anschließen, also der Variante eins der Beschlussvorlage zustimmen.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass der Stadtrat sich für die Durchführung eines Bürgerentscheids entschieden habe, weil es unter den Parteien und Fraktionen unterschiedliche Meinungen gegeben habe. Die Bürger/innen hätten nun entschieden. Da trotz Nichterreichen des notwendigen Quorums eine eindeutige Tendenz zu erkennen sei, stimme die SPD-Fraktion der Variante eins der Beschlussvorlage zu.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt fest, die bestehenden Strukturen müssten weiterentwickelt werden. Prinzipiell sei in der Bevölkerung der Wille nach mehr Beteiligung zu erkennen. Die Bürgernähe müsse verstärkt und den Stadtteilen ein Sprachrohr gegeben werden. Gegebenenfalls solle man auf eine Gesetzesänderung der Gemeindeordnung auf Landesebene hinwirken.

Rm Gniffke (Vorsitzender FBG-Fraktion) betont, er habe sich von Beginn an sowohl gegen die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten, als auch gegen den Bürgerentscheid ausgesprochen.

Die FDP-Fraktion erklärt, dass sie den Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheids gestellt habe, da so die Einführung der flächendeckenden Ortsbeiräte verhindert werden konnte. Trotz Nichterreichen des Quorums stelle der Bürgerentscheid ein repräsentativeres Ergebnis dar als die damals durchgeführte Bürgerumfrage.

Die BIZ-Fraktion merkt an, dass sie der flächendeckenden Einführung von Ortsbeiräten mit Überzeugung zugestimmt habe. Aus dem Nicht-Erreichen des Quorums könne geschlossen werden, dass es die Bürger/innen von Koblenz nicht interessiere, ob Ortsbeiräte flächendeckend eingeführt werden, jedoch sei damit nicht erkennbar, dass die Mehrheit gegen eine Einführung sei. Aufgrund des mangelnden Interesses in der Bevölkerung werde die BIZ-Fraktion der Variante eins zustimmen.

Die AfD-Fraktion spricht sich für das plebiszitäre Element des Volksentscheids aus.